



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/170 - 27.7.1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

Auf Kosten einer geordneten Haushaltswirtschaft	S. 1
Frankreich und die Wiedervereinigung	S. 3
Vor zehn Jahren: Der Massenmord von Aussig	S. 5

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 218 31-33  
Fernschreiber 038 890

## 6 000 Freiwillige bewilligt

F.B. 47,6 Mio DM haben die Regierungsmehrheiten der Bundestagsausschüsse für Fragen der europäischen Sicherheit und des Haushaltsausschusses gegen die Stimmen der SPD gestern für die 6 000 Freiwilligen im Wege der Vorwegnahme bewilligt. Das Bundesverteidigungsministerium hat damit die Grenze der Planstellen, die das Freiwilligen-gesetz zieht, bis zum letzten Mann ausgeschöpft, ohne daß hierfür eine zwingende Notwendigkeit bestanden hätte.

Zunächst ist einmal der Grundsatz der Sparsamkeit bei der Bewilligung dieser 6 000 Stellen gröblich mißachtet worden. Vor allem deswegen, weil man diese 6 000 Freiwilligen beim besten Willen jetzt nicht beschäftigen können. Um das an einem Beispiel zu zeigen: Ein Stabsoffizier, der die Infrastruktur von Marineflugplätzen, die es nicht gibt, bearbeiten soll, wird eben gezwungen sein, Däumchen zu drehen, ebenso wie ein hoher Offizier, der die Abnahme von optischem Gerät für die Marine vornehmen soll, da diese Arbeitstätigkeit frühestens in einem Jahr wirklich eine Beschäftigung zulässt. So gibt es aber Hunderte von Beispielen, die zeigen, dass es blank und den Seiten jetzt nur darauf ankommt, das Limit von 6 000, koste es, was es wolle, zu erreichen.

In dieses Kapitel fällt auch die Überbesetzung des Apparates. Den beiden mit dieser Frage befassten Ausschüssen soll nicht abgesprochen werden, dass sie den "Wasserkopf", den man im Bundesvor-

27.7.1955

teidigungsministerium mit 1141 Stellen errichten wollte, ein wenig zum Schrumpfen brachten, indem sie 300 Stellen strichen und dafür die Außendienststellen entsprechend erhöhten. Sie haben damit allerdings bei weitem nicht den sozialdemokratischen Anträgen entsprochen. Man sollte sich daran erinnern, dass das Reichswehrministerium 1930 nur 25 Obristen zählte, während Blank trotz der Kürzung noch 120 für sein Ministerium beansprucht. Die Besetzung der Marinestellen ist fast so hoch, wie etwa im Jahr 1935, obwohl wir nach den Pariser Verträgen gerade auf diesem Gebiet nur über wenige und leichte Einheiten verfügen werden.

Die Aufblähung wird auch dann sichtbar, wenn man feststellen muß, dass das Verteidigungsministerium fast viermal so viel hohe Ministerialstellen aufweist als vergleichbare Ministerien der Bundesregierung, die doch beileibe nicht etwa unterbesetzt sind. Neben die Stellenaufblähung tritt also auch eine bedenkliche Tendenz zur Stellenakhebung. Um auch das an einem Beispiel zu erläutern: Ist es wirklich nötig, dass ein Stabsoffizier für die Bearbeitung von Kraftfahrzeugpapieren zuständig ist?

Zum Zweiten sollte man gerade beim Beginn der Aufstellung einer neuen Wehrmacht mit peinlicher Sorgfalt vorgehen. Niemand kann behaupten, dass der Ausschuss in 1 1/2 Tagen die Stellenanforderungen wirklich gründlich durchleuchten konnte. So kann also schon aus dieser Zeitnot heraus durch die Exekutive manches geschehen, was der Gesetzgeber nicht wünscht. Zudem ist es unverständlich, dass man auf diesen 6 000 Stellen bestand, nachdem das Bundesverteidigungsministerium zugesichert hatte, schon Anfang September den Nachtragshaushalt vorzulegen. In den bis dahin verbleibenden knapp 1 1/2 Monaten wird der Personalgutachterausschuss ohnehin nicht in der Lage sein, die Prüfung der jetzt angeforderten Stellen vom Obersten aufwärts abzuschließen, so dass eine Bewilligung beim ordentlichen Nachtragshaushalt zeitlich durchaus keine Verzögerung bedeutet hätte.

Nimmt man alles zusammen, dann ist nicht zu bestreiten, dass es den maßgebenden Regierungsstellen vor allem auf eine politische Demonstration ankam. Die Grundsätze einer geordneten Haushaltswirtschaft, vor allem der Sparsamkeit, gingen dabei freilich über Bord. Von der politischen Unterscheidung dessen, was vielleicht notwendig, und dem, was gewiss vermeidbar ist, ganz abgesehen.

Paris nach Genf

b.v. Paris

Ebenso wie vor der Genfer Konferenz gilt auch heute noch der Grundsatz für jeden französischen Minister: Die deutsche Wiedervereinigung ist eine der Grundbedingungen für die Erhaltung des Friedens. Mit dieser These ging man nach Genf, und mit ihr kehrte man aus der Schweiz zurück. So blieb sie genau das, was sie zuvor war: eine graue, jedoch recht brauchbare Theorie.

Genau wie in der Wissenschaft hilft eine Theorie auch oft in der Politik weiter. Sie ist auf einer Hypothese aufgebaut und wird als Grundlage für die Erreichung angestrebter Ziele benutzt - darin besteht ihr ideeller und auch ihr praktischer Wert. Auch in Genf hat sich die Theorie von der deutschen Wiedervereinigung als Voraussetzung für die europäische Sicherheit bewährt: Sie wurde zum Ausgangspunkt für ein Gespräch, das zum Waffenstillstand im Kalten Krieg führte. Damit hatte diese Theorie ihre Aufgabe zunächst erfüllt.

Vielleicht leben in Frankreich irgendwelche Politiker, die tatsächlich angenommen hatten, die deutsche Wiedervereinigung werde in Genf wenn schon nicht geboren, so doch wenigstens gezeugt werden. Wenn es solche Politiker gibt, so darf man sie nicht etwa mit den Parlamentariern identifizieren, die in jeder passenden Rede von der deutschen Wiedervereinigung als etwas ganz Selbstverständlichem reden. Aber zwischen einer Rede und dem, was man innerlich denkt, kann ein tiefer Abgrund bestehen, ohne dass man dem Redner deshalb Unehrlichkeit vorwerfen könnte, denn die politische Theorie ist ein durchaus legales Arbeitsmittel.

Paris empfindet das Ergebnis von Genf als Erfolg. Die Reinigung der Atmosphäre - wenigstens bis auf Weiteres - die Richtigkeit der französischen Annahme, dass die Sowjetunion weit davon entfernt ist, knieweich zu sein, die generelle Übereinstimmung über den Eden-Vorschlag, eine entmilitarisierte "Zone" zwischen den Westpakt- und den Ostpaktstaaten zu schaffen, alles dies musste jedem französischen Regierungsmitglied den Eindruck verschaffen, dass die Aussenpolitik seit Mendés-France auf dem richtigen Wege war. Sogar Faure, der Regierungschef, und Antoine Pinay, sein Aussenminister, haben grundsätzlich die Aussenpolitik Mendés-France's weitergeführt und damit Erfolg gehabt.

Mehr noch: Die Konferenz hat die Nation von einem doppelten Alpdruck befreit. Sie hat gezeigt, dass die Scharfmacher in den USA sich

nicht durchgesetzt haben, und sie hat, in engem Zusammenhang damit, bewiesen, dass Frankreich nicht das einzige Land ist, von dem aus die Hast der bundesdeutschen Remilitarisierung und das Anwachsen der Renazifizierung mit erheblichen Mißtrauen beobachtet werden. Wenn die deutschen Beobachter der Genfer Konferenz ihren Regierungschef alles berichtet haben, was sie direkt und indirekt hören konnten, müßte der Bundeskanzler über diese Tatsache unterrichtet sein - falls er es nicht bereits zuvor war.

Wenn den Deutschen das Recht auf Wiedervereinigung zuerkannt würde, so sagt man hier doch allgemein, die Deutschen müßten sich erst einmal selbst darüber einigen, was sie wollen. Es ist schwer, einen französischen Politiker zu finden, der es nicht für recht und billig hielt, dass im Oktober beide deutsche Republiken an den Genfer Verhandlungstisch geladen werden. Denn, so sagen auch ernsthafte Parlamentarier, es müßten entweder beide dort sein oder keine von beiden, sonst fehle das Gleichgewicht. Es fehle besonders dann, wenn über jene geheimnisvolle "Zone" verhandelt werden wird, die der Edenplan vorsieht. Denn wo sollte, meinen diese Politiker, eine solche Zone eingerichtet werden, wenn nicht auf deutschem Gebiet?

Manche Kommentatoren haben das Ergebnis von Genf als Schlappe der Bundesregierung hingestellt, z.B. ein Kommentator der unabhängigen Tageszeitung "Le Monde". Andere meinen, man dürfe nicht von einer Schlappe reden, denn was in Genf geschah, beruhe auf der Anwendung des alten Satzes "das Ferkel ist mir näher als der Rook". Mit anderen Worten, die vier Staaten hätten erst einmal an ihre Sicherheit, an ihre ins Ungewöhnliche gehenden Rüstungsausgaben, an ihre Wirtschaft gedacht und nicht zuerst an die deutschen Wünsche, wobei außerdem noch zu fragen wäre, was als "die deutschen Wünsche" anzusehen sei.

Daher sei auch, meinen diese Leute, die Frage der deutschen Aufrüstung nicht so akut, wie oft gesagt werde. Schließlich habe man in Genf nicht von Aufrüstung, sondern von Abrüstung gesprochen, und wenn sich die Fachleute zusammenfinden, um für die Herbst-Konferenz der Außenminister das Material vorzubereiten, so werden auch sie den Auftrag haben, von Abrüstung, nicht aber von Aufrüstung zu reden. Der einzige Staat, in dem genau entgegengesetzt von Aufrüstung gesprochen wird, sei die Bundesrepublik. Über die Genfer Urden jedoch werde sie nicht ohne größte Anstrengung spritzen können. Im Augenblick jedenfalls sei sie in der Weltpolitik nicht Subjekt, sondern Objekt.

### Der Massenmord blieb ungesühnt

W.H. Vor zehn Jahren, am Nachmittag des 30. Juli 1945, war die seit Kriegsende wieder von Tschechen besetzte sudetendeutsche Stadt Aussig an der Elbe der Schauplatz einer fürchterlichen Menschen-schlächtereier wie sie die Geschichte glücklicherweise nur selten zu verzeichnen hat. Wie gross die Zahl der gemordeten Männer, Frauen und Kinder ist, wird sich wohl nie feststellen lassen, da amtliche Erhebungen unterblieben sind. Die Angaben schwanken zwischen 2000 und 3000 Opfern.

Das Massaker von Aussig fällt auf das Schuldkonto einer systematischen chauvinistischen Hetze, die im tschechischen Volke die Stimmung für die Vertreibung von dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen vorbereiten sollte. Noch während des Krieges wurden von der tschechischen Auslandsregierung des "grossen Europäers" Dr. Edward Benesch in seinem Volke die Gefühle des Hasses und der Rache aufgepeitscht. Und nach dem Zusammenbruch der Naziherrschaft wurde in der Tschechoslowakei der deutsche Volksteil fast unterschiedslos den gleichen Bedingungen unterworfen, die Hitler den Juden auferlegt hatte. Förmlich um vor aller Welt die These zu widerlegen, dass die Missachtung der Menschenwürde eine spezifische Eigenschaft des deutschen Volkes sei, wurden - bis auf die Gaskammern - alle Ausgeburten per-verser Gehirne getreulich übernommen: die weissen Armbinden, die Hungerration, das Verbot der Benützung der Gehsteige und der Transportmittel, die Konzentrations- und Zwangsarbeitslager. Nur die Polterknechte trugen die andere Uniform.

#### Amoklauf gegen Deutsche

Den äusseren Anlass zu dem schrecklichen Massenmorden bildete eine verheerende Explosion in einem Munitions-Sammellager im Aussiger Stadtteil Schönprissen, die an sich schon zahlreiche Menschenleben vernichtete. Noch ehe jemand richtig wusste, was die Detonationen zu bedeuten hatten, stand für die in der ganzen Stadt herumlungern den Haufen der aus dem Landesinnern herbeigeströmter Goldgräber und Landknechte fest, dass entweder Werwölfe am Werke waren oder dass ein Sabotageakt der mit der Munitionseinlagerung beschäftigten KZ-Häftlinge die Explosion ausgelöst habe. Ein förmlicher Amoklauf begann. Mit Stahlruten und Zaunlaten bewaffnet jagten die fanatisierten Banden die ahnungslosen Bewohner der Stadt aus den Häusern und durch die Strassen, erschlugen sie oder erdrosselten sie erbarungslos in den Löschbecken.

Schauplatz der fürchterlichsten Szenen war die Elbebrücke zu der Zeit, als nach Betriebsschluss zahlreiche Arbeiter auf dem Heimwege waren. Zwischen den Brückenköpfen eingekesselt, gab es für sie kein Entkommen und keine Gegenwehr. Sie wurden ohne Gnade über die Geländer geworfen und von den Fluten fortgetragen; selbst Mütter mit ihren Säuglingen fanden den Tod in der Elbe. Russische Offiziere versuchten vergeblich, der Raserei Einhalt zu gebieten, in der sich in erschreckender Weise die Bestie im Menschen offenbarte. Erst ein am Abend erlassenes Ausgeverbot verschaffte der schwergelprüften Bevölkerung eine Atem-

pause vor der endgültigen Vertreibung aus der Heimat.

#### Die Suche nach dem Sündenbock

Der tschechischen Regierung, die die Geister gerufen hatte, passte die Aussiger Menschenschlächterei natürlich nicht in das Bild, in dem sie sich vor dem demokratischen Ausland gern zeigte. Ihr war, damals wenigstens noch, die öffentliche Meinung des Westens nicht gleichgültig. Es musste also eine Erklärung, wenn auch keine Rechtfertigung für das Abschichten tausender Unschuldiger gefunden werden. Es musste ein Sündenbock gesucht werden. Von dem bei der Munitionslagerung beschäftigten KZ-Kommando waren nur zwei Mann mit dem Leben davongekommen. In einem der Beiden, den jetzt in Hessen lebenden Berthold Grohmann aus Tyssa bei Bodenbach, glaubte man ihn entdeckt zu haben.

Lange vor dem Unglückstage war Grohmann mit einer anderen Arbeitsgruppe in einem Steinbruch beschäftigt worden. Dort waren eines Tages Dolerit-Patronen, wie sie zum Felssprengen benützt werden, abhandelt gekommen. Niemand machte sich damals deswegen Sorgen, niemand kümmerte sich um die Aufklärung des Verlustes. Jetzt plötzlich erinnerte man sich dessen. Grohmann war seinerzeit im Steinbruch, er war am kritischen 30. Juli bei der Stapelung der Munition. Noch in der Nacht wurde er aus dem Lager geholt und vor Gericht gestellt.

#### Vom Angeklagten zum Ankläger

Aus dem Angeklagten wurde aber bald der Ankläger, unbekümmert um das ihm drohende Schicksal. Er schilderte, wie im Gegensatz zu früher, als noch ein sachkundiger tschechischer Offizier die Munitionslagerung überwachte, nun die gefährlichen Explosivstoffe, unter denen sich Tausende, sogar entschärfte Panzerfäuste befanden, unter dem Befehl von Partisanen von den mit Peitschenhieben traktierten Häftlingen in grösster Eile abgeladen und in die Lagerhalle gebracht werden mussten. Immer waren die Gefangenen in Angst, dass einmal etwas passieren könnte. Nun war es geschehen. Wahrscheinlich sei eine entschärfte Panzerfaust in die Munition gefallen und habe die Explosion ausgelöst. Diese Erklärung schien dem Gericht, dem Grohmann eine gewisse Objektivität zuerkennt, ebenso einleuchtend gewesen zu sein wie dem damaligen Aussiger Polizeileiter. Mit dem Angeschuldigten war also nicht viel anzufangen. Auch die anständig gebliebene tschechische Bevölkerung von Aussig war davon überzeugt, dass, selbst wenn ein selbstmörderischer Sabotageakt vorgelegen hätte, er niemals das grauenhafte Blutbad gerechtfertigt haben würde, dem Tausende Unschuldige zum Opfer fielen.

Das ungeheuerliche Verbrechen der Minschlachtung tausender Unschuldiger blieb ungestraft. Seine intellektuellen Urheber haben dann auch ihr eigenes Volk ins Unglück gestürzt. Die Grausamkeiten an den Sudetendeutschen und deren schliessliche Vertreibung schufen erst das Klima, das die tschechischen Kommunisten brauchten, um zur Diktatur zu gelangen.